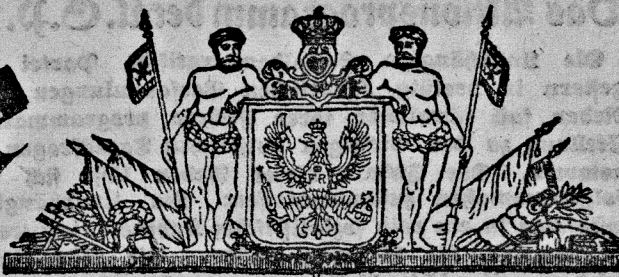


# Wossische



# Zeitung

Begegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22 26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

## Regierungsbildung.

Von  
Georg Bernhard.

Es gilt jetzt angesichts der Steigerung der Preise schon beinahe als vornehm, Kleidungsstücke, statt sie zu ersehen, zu wenden. Diese Gepflogenheit soll anscheinend auf die Politik übertragen werden: Das Reichskabinett Müller ist ein gewendetes Kabinett Bauer. Für Erzberger und Noske sind ein paar Glieder eingefügt, sonst werden der Reichstag heute fast durchweg alte Bekannte von den Ministerbänken grüßen. Während das Kabinett Braun in Preußen zweifellos einen Rück nach links bedeutet, ist das Reichskabinett Müller eher sogar noch milder gefährdet als die Regierung Bauer. Und das in einer Zeit, in der auf das Vertrauen der breiten Massen zu den regierenden Männern außerordentlich viel ankommt.

Es gehört Opferwilligkeit, Optimismus oder besondere Erpichtheit auf ein Portefeuille dazu, in diesen schweren Tagen in eine Regierung einzutreten, noch dazu in eine, die von vornherein als kurzlebig gestempelt ist. Man kann es unter diesen Umständen verstehen, daß Geheimrat Cuno es im letzten Augenblick vorzog, den Präsidenten zu bitten, von seiner Ernennung abzusehen, und daß der frühere Direktor im auswärtigen Amt Simons, der als Außenminister hochwillkommen gewesen wäre, sich jetzt lieber nicht abbrauchen lassen wollte. Glücklich jeder, der nicht in diesem Ministerium sitzt.

Auch die Parteien, die sich an dieser Kabinettsbildung beteiligten, bringen schwere Opfer. Die Demokraten hätten es so leicht gehabt, ihre Mitwirkung abzulehnen. Sie wollten meher eine reine Arbeiterregierung konzipieren, noch haben sie sich mit den bekannten „Punkten“ ohne weiteres einverstanden erklärt. Es lag unter diesen Umständen doch sehr nahe, den Sozialdemokraten die Kabinettsbildung allein zu überlassen. Daß die Demokraten sich schließlich anders entschlossen, war vor allem wohl auf die Meinung zurückzuführen, die Bildung eines rein sozialistischen Kabinetts würde außenpolitische Verwicklungen zur Folge haben. Insbesondere wurde für diesen Fall mit dem Einrücken der Entente gedroht. Es wäre politisch von außerordentlicher Bedeutung, einmal zu erfahren, wer derartig falsche Informationen in Abgeordnetekreisen verbreitet. Schon während des Krieges hat sich herausgestellt, wie mangelhaft und wie oft direkt falsch die Abgeordneten über das informiert waren, was wirklich vorgeht. Die alten trüben Quellen scheinen noch immer zu sprudeln. In Wirklichkeit hat keiner der Ententestaaten an Maßnahmen gedacht, wie sie in den Kreisen der Nationalversammlung befürchtet wurden. Einzelne haben sogar ausdrücklich erklärt, daß sie jedes auf parlamentarischen Wege gegründete Kabinett, wie immer es auch aussehen möge, selbstverständlich anerkennen würden.

Wenn nun aber schon die Demokraten aus irgendwelchen Gründen glaubten sich an dem Kabinett beteiligen zu müssen, so war es ein schwerer Mißgriff, den Posten des Reichswehrministers durch einen ihrer Freunde besetzen zu lassen. Sicher ist der frühere Nürnberger Oberbürgermeister Gessler — ein kluger, gewandter und taktvoller Mann — als Person für diesen Posten geeignet. Aber die Gefahr, daß auch er Fiasto macht, ist bis zur Wahrscheinlichkeit groß. Der Reichswehrminister ist im Augenblick ganz selbstverständlich der Mittelpunkt sämtlicher Angriffe von links und rechts. Gleichgültig, ob er Gewalt bezieht oder sich weich zeigt, werden alle Mißerfolge der Regierung ihm zur Last geschrieben werden. Diese ungeheure Verantwortung in der augenblicklichen Lage kann allenfalls eine sozialdemokratische, aber keine bürgerliche Partei tragen.

Man hätte diese Befehle allenfalls noch dann verstehen können, wenn kein anderer Weg vorhanden gewesen wäre, um eine Persönlichkeit von der Art Gesslers ins Kabinett zu bringen. Aber er war ja bereits Mitglied des alten Ministeriums. Und es sprach alles dafür, gerade ihm auch in der neuen Regierung das Amt des Aufbauministers wieder zu belassen. Dieses Amt mußte nun jetzt vorläufig unbesetzt bleiben. Es wird mit der Laterne nach einem geeigneten Mann gesucht. Weshalb mußte also überhaupt das Revirement vorgenommen werden? Das Aufbauministerium ist ohnehin das am schlechtesten organisierte Ministerium, das es im Reich gibt. Bei seiner Neubildung haben die Beamtenstabe von aufgelösten Reichsämtern, namentlich vom Kolonialamt, übernommen werden müssen, die mit der eigentlichen Materie des neuen Amtes gar nicht vertraut waren. Unter diesen Umständen hatte der Aufbauminister auf seiner einsamen Höhe keinen leichten Stand. Kaum aber ist er auf seinem Posten etwas warm geworden, so nimmt man ihn heraus und läßt diese wichtige Stelle verwaist.

Freilich scheinen über die Wichtigkeit des Aufbauministeriums wertwürdige Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Zuerst — als die Sozialdemokraten den Posten besetzen wollten, weil Noske durch Gessler ersetzt worden war — hieß es, man wolle das ganze Amt eingehen lassen. Dann — als man das Aufbauministerium den Demokraten als Draufgabe überlassen hatte — wurde umgekehrt behauptet, der Posten sei besonders wichtig und es bestche die Absicht, das

## Estimatum an das Ruhrrevier.

### Die Waffen nieder!

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderung gestellt:

Die Regierung hat durch die „Bielefelder Verhandlung“ versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notrufe aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den Roten Truppen begangen werden.

Das zwingt die Regierung um energisches Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochwals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicher-

heit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises 6, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Rapp-Lüttich-Regierung belästet sind.
3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.
4. Vollige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung, einschließlich Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen. Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920.

Die Reichsregierung

Der Reichskanzler  
gez. Müller.

Der Reichswehrminister  
gez. Gessler.

Ministerium erheblich auszubauen. Die Ansichten der einzelnen Fraktionen über die Wichtigkeit der einzelnen Ministerien scheinen leider je nach der Spannungs- und fraktionellen Interessen etwas zu wechseln. Auch hier sprachen sich die ganz schlechten außenpolitischen Einstellungen mit, von denen der größte Teil der Regierung und auch ein Teil der Abgeordneten beherrscht sind. So wurde als Grund gegen das Weiterbestehen des Aufbauministeriums wiederholt in den Wandelgängen des Reichstages erklärt, das Verhalten Frankreichs in der Wiederaufbaufrage habe gezeigt, daß die großen Erwartungen sich nicht erfüllen können, die man an die Tätigkeit des Aufbauministers einst knüpfen zu dürfen glaubte. Dieses Märchen ist an dieser Stelle wiederholt unter Beibringung ausführlicher Materials widerlegt worden. Bei allen Fehlern, die zweifellos auch auf französischer Seite gemacht worden sind, ist Frankreich durchaus nicht etwa allein daran schuld, daß es nicht zu wichtigen wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich gekommen ist, die den Wiederaufbau wesentlich hätten fördern können.

An manchen maßgebenden Stellen wird heute auch schon gar nicht mehr geleugnet, daß an sich beachtenswerte Vorschläge von französischer Seite gemacht worden sind. Aber man verhängt sich jetzt hinter „Form und Ton“, die die Annahme für Deutschland unmöglich gemacht haben sollen. Merkwürdig, daß man in Deutschland nach wie vor immer nur die Töne hört, die zu uns hereinschallen und die Posaamentstöße gar nicht beachtet, die von Deutschland ins Ausland hinüberklingen. Durch Indiskretionen der Kapplente ist es der gesamten Entente (nicht bloß den Engländern, die davon vorher durch die Generale Rapps verständigt worden waren) bekannt geworden, daß das außenpolitische Ziel ihres Putsches der Revanchekrieg gegen Frankreich war. Waren denn nun nicht die Meuterer vom 18. März zum Teil die militärischen Führer der alten Regierung? Haben diese sich denn vorher geniert, in das gleiche Horn zu blasen? Weiß man ferner in Deutschland gar nichts davon, daß im besetzten Gebiet lange vor dem Putsch zwischen einem englischen Heer und hohen deutschen Militärs Verhandlungen stattgefunden haben, die deutlich ihre Spitze gegen Frankreich richteten? Wie kann man sich da deutscherseits über mangelndes Vertrauen beklagen! Gerade das Wiederaufbauministerium hängt hinsichtlich dessen, was es leisten kann, von der Gesamtpolitik des jeweiligen Kabinetts ab. Aber es wäre töricht zu leugnen, daß eine Zentralstelle für den Wiederaufbau, zu dem Deutschland durch den Friedensvertrag verpflichtet ist, nicht nur selbstverständlich sein sollte, sondern bei einer verständigen Gesamtpolitik auch die denkbar wichtigste Arbeit leisten könnte.

Allerdings kann man darüber streiten, ob zu diesem Zweck ein besonderes Ministerium errichtet werden mußte. Nur darf man diese Frage nicht isoliert entscheiden. Sie steht im Zusammenhang mit grundsätzlichen Fragen, die gerade durch die Eigenart der jetzigen Kabinettsbildung wieder angerührt werden. Die eigentümliche Methode, nach der man im neuen Reich den noch nicht gewohnten Parlamentarismus handhabt, bringt es mit sich, daß die Tendenz zur Vermehrung der Kabinettsmitglieder ständig wächst.

Eine verhältnismäßig harmlose Art, diesen Vermehrungsdrang zu befriedigen, damit alle beteiligten Parteien recht zahlreich bedacht werden können, ist die Schaffung von Ministern ohne Portefeuille. Trotzdem man auch zu diesem Mittel gegriffen hat, ist aber leider auch der andere, viel weniger ungefährliche Weg beschritten worden, die Ressorts zu teilen. Das geschah fast nie aus sachlichen Gründen. Wie wenig sachlich man dabei vorgehen pflegt, illustriert deutlich die diesmalige Trennung von Reichswirtschaftsministerium und Reichsernährungsministerium. Wenn die Minister und die Fraktionen schon ein sehr kurzes Gedächtnis haben, so sollen sie doch daran denken, daß in einem Teile der — nicht parlamentarischen — Öffentlichkeit heute nicht schon vergessen ist, was gestern geschah. Man weiß dort noch recht gut, daß diese beiden Ministerien früher nebeneinander bestanden, und daß das gerade Gegeneinanderarbeiten von Schmidt und Bissell schließlich dazu geführt hat, die Ämter wieder zusammenzulegen.

Nirgend ist auch tatsächlich die Uebereinstimmung in der Leitung wichtiger als zwischen der Stelle, wo Ernährung gemacht und die landwirtschaftliche Produktion beizutreten werden muß, und der Stelle, wo die wesentlichen wirtschaftlichen Maßnahmen für das Reich beschlossen werden. Seit wann gehören denn nur Industrie, Handel und Handwerk zur Wirtschaft? Ist die Landwirtschaft nicht ein mindestens ebenso wichtiger Produktionszweig? Ist vor allem aber die Frage, ob Nahrungsmittel oder Rohstoffe zuerst eingeführt werden sollen, leichter von zwei als von einer Stelle zu entscheiden? Schon rein formell ist es ja auch ganz unverständlich, weshalb in einem Kabinett, in dem sich noch immer ein Minister ohne Portefeuille befindet, überhaupt ein neues Sachministerium geschaffen werden mußte. Es kann doch nicht die Aufgabe jeder neuen Regierung sein, immer wieder neue Unruhe durch irgend eine Umorganisation zu schaffen. Auf der einen Seite wird dauernd erklärt, daß zu großen Reformen jetzt keine Zeit sei. Andererseits aber wird ununterbrochen rekonstruiert und umorganisiert, die Beamten werden hin und hergeschoben und die notwendigsten Aufgaben erleiden die folgenschwerste Verzögerung.

Die Verteilung der Ministerien scheint schon dann vom Uebel, wenn man die Dinge rein organisatorisch und sachtechnisch betrachtet. Sie scheint aber geradezu unheilvoll unter dem Gesichtspunkt, daß ein Kabinett vor allem ein politisches Instrument sein soll. Eine Versammlung von 14 Ministern ist nicht imstande zu regieren. Entweder muß die Macht bei einem politisch begabten Reichskanzler konzentriert sein, ähnlich wie beim englischen Ministerpräsidenten, oder die Minister werden sämtlich als politische Volksbeauftragte betrachtet, die weitgehende Vollmachten besitzen. Im letzten Fall — der politisch, wenn man schon keinen überragenden Geist als Ministerpräsidenten besitzt, als der günstigste erscheint — darf das Kabinett überhaupt nicht aus mehr als fünf oder sechs ordentlichen Mitgliedern bestehen. Das wäre durch eine Zusammenziehung der Ressorts leicht zu erreichen. Solche Zusammenziehung würde jedem Minister innerhalb seiner Kompetenzen den größeren Einfluß gewähren und damit das jetzt übliche Durcheinanderregieren wesentlich einschränken. Im Interesse der